



Vorlage KuSA_05/2012
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 14.03.2012

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur- und Schulausschuss – unserem Europaausschuss – über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

RGRE-Resolution: „Erfolgreiche Zukunft nur mit mehr Europa“

Präsidium und Hauptausschuss der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) haben Ende 2011 eine Resolution verabschiedet, mit der vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise ein Bekenntnis zu einer stärkeren europäischen Integration abgegeben wird. Die Unterzeichner konstatieren darin, dass Europa am Scheideweg steht. Zur Lösung der Probleme brauche es jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an europäischer Integration. Alle politisch Verantwortlichen seien jetzt dazu aufgefordert, die großen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses wie dauerhaften Frieden, Reisefreiheit und eine stabile Währung deutlicher zu kommunizieren. Der europäische Binnenmarkt haben Wohlstand, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Deutschland geschaffen, auch gingen Erfolge im Umwelt- und Verbraucherschutzrecht auf die EU zurück. Die Unterzeichner der Resolution sind überzeugt, dass die zentralen Herausforderungen nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden können: „Wir müssen im Sinne des Regierens in Partnerschaft den Einigungsprozess weiter vorantreiben und gerade zweifelnden Jugendlichen eine Perspektive von einem sinnhaften Leben und Arbeiten in der europäischen Wertegemeinschaft geben. Hierzu können die Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten.“ Die Verfasser plädieren für eine „mutige und entschlossene Weiterentwicklung der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik“. Die Finanzkrise, die nicht zuletzt eine Krise der überschuldeten öffentlichen Haushalte sei, sei auch durch international agierende und spekulierende Banken und Finanzunternehmen mit verursacht worden. Für öffentliche Finanzdienstleistungen, die jedermann zugänglich sind, stünden dagegen die Sparkassen, die „in der Region verankert und durch eine kommunale Trägerschaft gesichert“ seien. Als Fazit heißt es: „Nur in Solidarität, mit gemeinsamen Anstrengungen und einer Konzentration auf die zentralen Herausforderungen werden wir unsere Zukunft in Frieden und Wohlstand in Europa sichern.“

Sonstige Themen in Kürze

- Die Europäische Kommission hat 2012 zum Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen erklärt. Angesichts einer alternden Gesellschaft sollen Mitgliedstaaten, Behörden und Wirtschaft dazu mobilisiert werden, das Potenzial von älteren Menschen besser zu nutzen und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern. Die Kreisverwaltung nimmt den demographischen Wandel sehr ernst und hat in diesem Zusammenhang bereits mehrere erfolgreiche Demographieforen durchgeführt – zuletzt am 30. Juni 2011 mit dem Schwerpunkt Gesundheit. Weitere Veranstaltungen in dieser Reihe sollen folgen.
- Zum 1. Februar 2014 wird die 22-stellige Kontonummer IBAN Pflicht. Darauf haben sich Europäisches Parlament, Europäische Kommission und Ministerrat geeinigt. Die bisherigen Kontonummern können übergangsweise noch bis 2016 genutzt werden. Bestehende Lastschriftaufträge bleiben gültig und werden von den Kreditinstituten automatisch auf die neuen Nummern umgestellt. Die IBAN setzt sich zusammen aus der Länderkennzeichnung DE, einer zweistelligen Prüfziffer sowie der alten Bankleitzahl und Kontonummer.
- In einem Referendum hat sich die kroatische Bevölkerung mit mehr als 66 Prozent der abgegebenen Stimmen für einen EU-Beitritt ihres Landes ausgesprochen. Die Wahlbeteiligung lag etwas über 40 Prozent. Die Beitrittsverhandlungen mit dem Balkanstaat sind abgeschlossen, nach der Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten und in Kroatien selbst ist der Beitritt für den 1. Juli 2013 vorgesehen.
- Die Europäische Kommission hat drei beschleunigte Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Sie will so die ungarische Regierung zwingen, die im EU-Vertrag verankerten Grundwerte einzuhalten. Kritisiert wird, dass neue ungarische Rechtsvorschriften die Unabhängigkeit von Notenbank und Datenschutzbehörden in Frage stellen. Auch die im Bereich Justiz verabschiedeten Normen widersprechen nach Ansicht der EU-Kommission europäischem Recht. Die ungarische Regierung muss nun zu den Vorwürfen Stellung nehmen. Hält die Kommission die Antwort nicht für ausreichend, könnte in weiteren Schritten des Verfahrens eine förmliche Aufforderung folgen, das EU-Recht einzuhalten oder sogar eine Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.
- Der Deutsche Martin Schulz (SPD) wurde zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Er folgt auf den Polen Jerzy Buzek.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme